

19.12.2012

## **Kinderarmut in Deutschland und den Bundesländern**

Eric Seils & Daniel Meyer

### **1 Einleitung**

In jüngerer Zeit hat das Interesse an Armuts- und Verteilungsfragen erkennbar zugenommen. Dies gilt ganz besonders für das Thema Kinderarmut. So sehen dem „Familienreport 2010“ zufolge 80 Prozent der deutschen Bevölkerung Kinderarmut als ein (sehr) großes Problem an (Bundesministerium für Familie 2010: 62). In diesem Beitrag geht es daher um die Beschreibung der Armut unter Kindern und Jugendlichen in Deutschland und den 16 Bundesländern. Die zentrale Frage ist, wie sich die Armutssituation unter Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Alters- und Bevölkerungsgruppen darstellt. Dafür wird zunächst auf die Datengrundlage eingegangen. Danach wird die Situation in der Bundesrepublik insgesamt und schließlich in den einzelnen Bundesländern beschrieben.

### **2 Datengrundlage**

Der vorliegenden Untersuchung liegt eine Sonderauswertung des Mikrozensus zugrunde, die eigens für diesen Zweck bei IT.NRW in Auftrag gegeben worden ist. Diese umfasst die absoluten und relativen Zahlen armutsgefährdeter Kinder in den Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren (0-3, 3-6, 6-15 und 15-18) sowie die entsprechenden Armutsgefährdungsquoten.<sup>1</sup> Die Daten liegen auf Ebene der Bundesrepublik und der 16 Bundesländer für die Jahre von 2005 bis einschließlich 2011 vor. Für das Jahr 2011 sind darüber hinaus Armutsrisikoquoten und die absolute Zahl der armutsgefährdeten Kinder nach Migrationsstatus und Altersgruppen berechnet worden. Allerdings sind diese nur für die einzelnen westlichen Bundesländer verfügbar. Einzeldaten für Ostdeutschland (ohne Berlin) werden nicht zur Veröffentlichung freigegeben und liegen daher nur in aggregierter Form vor. Bei kleineren Bundesländern und einer tiefen sachlichen Gliederung können geringe

---

<sup>1</sup> Die Begriffe „Armutsgefährdungsquoten“, „Armutsrisikoquoten“ einerseits und „Armutsquoten“ andererseits werden synonym verwendet. Die Unterscheidung soll zum Ausdruck bringen, dass die mit der Armutsgefährdung verbundene Einkommensarmut nicht notwendig mit einer von Armut geprägten Lebensführung einhergeht. Da es jedoch jenseits der Definition der Armutsgefährdung keine einheitliche Übereinkunft darüber gibt, was Armut konkret bedeutet, werden die Begriffe hier synonym verwendet. Die Worte „Armutsschwelle“ und „Armutsgrenze“ meinen ebenfalls das Gleiche.

Fallzahlen in der Mikrozensus-Stichprobe zu großen Unsicherheiten bei den hochgerechneten Ergebnissen führen. Aus diesem Grunde sind einige der im Anhang ausgewiesenen Werte mit Einschränkungen versehen bzw. fehlen gänzlich.

Empirische Grundlage für die Armutsdaten ist der Mikrozensus (Gerhardt et al. 2009; Stauder und Hüning 2004). Es handelt sich dabei um eine große amtliche Erhebung, an der etwa 1 Prozent der Haushalte in Deutschland teilnehmen muss. Die Auskunftspflicht bewirkt, dass Verzerrungen im Vergleich zu anderen Haushaltsbefragungen hier kaum eine Rolle spielen. Den Armutsrisikoquoten liegt das Konzept der *relativen* Armut zugrunde. Dieses orientiert sich an dem zum *Leben in der Gesellschaft* erforderlichen Einkommens- bzw. Wohlstandsniveau (Ringen 2006 [1987]: 141-165; Bäcker et al. 2010: 356-365).<sup>2</sup> Die Berechnung orientiert sich an dem von der EU gesetzten Standard, wonach Personen als armutsgefährdet gelten, wenn ihr Wohlstandsniveau unter 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens liegt (Armutsschwelle). Der Median ist der Wert, welcher eine nach der Höhe des Einkommens geordnete Verteilung in zwei gleich große Hälften teilt. Der Median liegt also genau in der Mitte der Verteilung. Er stimmt nur in Ausnahmefällen mit dem arithmetischen Mittel („Durchschnitt“) überein. Gegenüber dem arithmetischen Mittel weist der Median bei der Armutsmessung jedoch den Vorteil auf, dass er gegenüber Ausreißern robust ist. Die Bedarfsgewichtung durch die sogenannte neue OECD-Äquivalenzskala bewirkt, dass bei der Ermittlung der Wohlfahrtsposition der Menschen Einspareffekte durch das Zusammenleben ebenso beachtet werden wie die unterschiedliche Alterszusammensetzung der Haushalte. Der Fall eines Alleinstehenden kann dabei als Referenzkategorie betrachtet werden. Eine solche Person hat eine Armutsschwelle von 848 Euro. Das Bedarfsgewicht des ersten erwachsenen Individuums im Haushaltskontext beträgt 1. Jede weitere Person über 14 Jahren erhält ein Gewicht von 0,5. Kindern unter 14 Jahren wird durch die modifizierte Äquivalenzskala ein Gewicht von 0,3 zugewiesen (Gerhardt et al. 2009: 5, FN 6). Weiteren Personen und insbesondere Kindern unter 14 Jahren kommt also bei der Berechnung der Armutsgrenze des Haushaltes ein geringeres Gewicht zu als der ersten Person. Ein Haushalt, der aus einem Paar mit einem Kind unter 14 Jahren besteht weist daher eine Armutsgrenze von rund 1.526 Euro auf. Ist das Kind hingegen 15 Jahre alt, erhält es ein Bedarfsgewicht von 0,5, was die Armutsschwelle des Haushaltes auf 1.696 Euro anhebt.<sup>3</sup> Dies bedeutet, dass Kinder, die in einem Haushalt leben, dessen verfügbares Nettoeinkommen

---

<sup>2</sup> Das Gegenstück dazu bildet das Konzept der *absoluten* Armut, welches sich am physischen *Überleben* bzw. Existenzminimum orientiert.

<sup>3</sup> Im Falle des Kindes unter 14 Jahren sind es  $848 \cdot (1+0,5+0,3) = 1.526$  Euro. Im Falle des 15-Jährigen sind es  $848 \cdot (1+0,5+0,5) = 1.696$  Euro.

unter den genannten Armutsgrenzen liegt, als armutsgefährdet angesehen werden. Die Zahl der armutsgefährdeten Kinder kann aus der Mikrozensus-Stichprobe statistisch hochgerechnet werden. Setzt man die Zahl der armen Kinder in Relation zur entsprechenden Bevölkerungsgruppe in diesem Alter, dann erhält man die Armutsquote. In den folgenden Abschnitten werden sowohl absolute Zahlen armutsgefährdeter Kinder als auch (relative) Armutsquoten für verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen verwendet, um die soziale Lage der Minderjährigen besser nachzeichnen zu können.

### **3 Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland**

In Deutschland hat sich die Armutsquote von Minderjährigen auf einem hohen Niveau stabilisiert. Sie liegt derzeit bei 18,9 Prozent. Dies bedeutet, dass 2.457.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren unterhalb der Armutsschwelle leben. Seit 2005 ist die Armutsquote der Minderjährigen zunächst zurückgegangen, von 2010 auf 2011 aber wieder angestiegen, so dass sie derzeit nur 0,6 Prozentpunkte unter ihrem Ausgangswert (2005: 19,5%) liegt. Armut ist damit unter Kindern und Jugendlichen weitaus verbreiteter als bei der Gesamtbevölkerung. 2011 lag die Armutsquote der unter 18-Jährigen um 3,8 Prozentpunkte über derjenigen der deutschen Gesamtbevölkerung.

Bei gleichaltrigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlief die Entwicklung auf einem viel höheren Niveau erfreulicher.<sup>4</sup> Sie ging zwischen 2005 und 2011 mit geringfügigen Schwankungen von 32,7 auf 30,3 Prozent zurück (Beauftragte der Bundesregierung für Migration 2012: 89, Tabelle 26). Dennoch ist die Armutsquote von Minderjährigen mit Migrationserfahrung noch mehr als doppelt so hoch wie die Gleichaltriger ohne Einwanderungshintergrund. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stellten damit weiterhin knapp über 50 Prozent aller armutsgefährdeten Minderjährigen dar (Fuhr 2012: 549).

Analysiert man die Armutsquoten der Kinder nach dem Alter, dann zeigt sich, dass der Anteil der armutsgefährdeten Kinder mit steigendem Alter zunächst fällt.<sup>5</sup> Die Ursache dafür ist, dass der Betreuungsaufwand für die Eltern geringer wird, wenn das Kind heranwächst. Dies erleichtert es den Eltern bzw. der Mutter das Haushaltseinkommen durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Der Anstieg in der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren ist

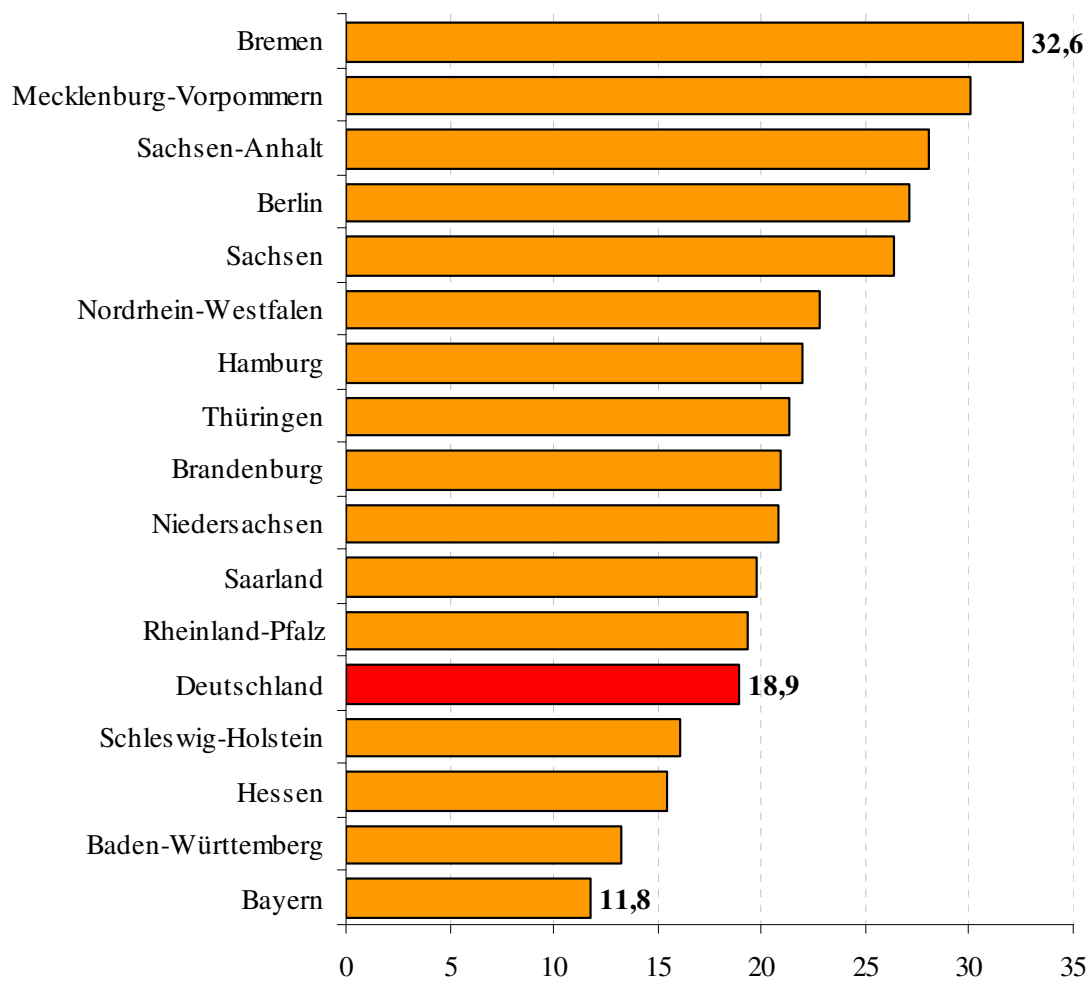
---

<sup>4</sup> Da die Unterscheidung zwischen In- und Ausländern nicht mehr hinreichend erschien, verwendet die amtliche Statistik seit dem Jahre 2005 das Konzept des Migrationshintergrundes. Diese Bevölkerungsgruppe umfasst alle auf das Gebiet der Bundesrepublik Zugewanderten, die in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit wenigstens einem hier als Ausländer geborenen oder zugewanderten Elternteil (Fuhr 2012: 550-551).

<sup>5</sup> Dies gilt jedoch nicht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Bei ihnen hängt die Armutswahrscheinlichkeit offenbar nicht vom Alter ab.

ein Artefakt der oben erläuterten Bedarfsgewichtung. Da Jugendlichen ab 14 Jahren ein höheres Bedarfsgewicht zugesprochen wird, ist die Armutsschwelle in Haushalten mit älteren Kindern und damit auch die Armutsquote höher (Ministerium für Arbeit 2012: 182, FN 174). Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland variiert regional jedoch erheblich (siehe *Abbildung 1* für eine grafische Übersicht). Die folgenden Abschnitte wenden sich daher den einzelnen Bundesländern zu.

**Abb. 1:** *Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen, 2011*



*Anmerkung:* Armutgefährdungsquoten (Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Bundesmedians; bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala) der unter 18-Jährigen in Prozent.

*Quelle:* Mikrozensus; IT.NRW.

## **4 Niveau und Entwicklung in den einzelnen Bundesländern**

### **4.1 Norddeutschland**

Das Bundesland **Bremen** weist mit 32,6 Prozent die bundesweit höchste Armutsquote unter den Minderjährigen auf. Damit liegt das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche um mehr als 10 Prozentpunkte über dem der Gesamtbevölkerung. In keinem anderen Bundesland ist die soziale Lage von Minderjährigen derart stark von der gesamten Bevölkerung abgekoppelt. Auch im Hinblick auf die Herkunft der Kinder lässt sich festhalten, dass die Armutsquote der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund aktuell bei 44,1 Prozent liegt und damit die höchste in Westdeutschland darstellt. Diese Gruppe deckt rund 66 Prozent aller armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher in Bremen ab. Aufgrund der geringen Einwohner- und damit Fallzahl des Landes sind weiterführende Analysen nach Altersgruppen nicht möglich. Die Auswertung von SGB-II-Quoten zeigt jedoch, dass innerhalb des Stadtstaates eine erhebliche Varianz bei der Kinderarmut besteht. Nach aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit ist Bremerhaven neben Gelsenkirchen die Stadt mit dem bundesweit höchsten Anteil von Kindern unter 3 bzw. 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften (Bundesagentur für Arbeit 2012: Tabellen 2.1 und 2.2). Folgt man zusätzlich dem Sozialbericht der Arbeitnehmerkammer, dann bestehen auch innerhalb der Hansestadt Bremen große Unterschiede zwischen den Stadt- und Ortsteilen. Die darin ausgewiesenen SGB-II-Quoten der unter 15-Jährigen deuten darauf hin, dass sich Kinderarmut in Stadtteilen wie Gröpelingen (49,3%) oder Vahr (44,6%) und im Ortsteil Tenever (53,1%) konzentriert. In dem bei Akademikern populären Stadtteil Schwachhausen (6,8%) sollte hingegen kaum Kinderarmut vorhanden sein (Arbeitnehmerkammer Bremen 2012: 162, Tabelle 8.1).

**Hamburg** fällt im Vergleich der Bundesländer vor allem dadurch auf, dass der Anteil der Einwandererkinder an den gesamten armutsgefährdeten Minderjährigen knapp über 75 Prozent liegt. Insgesamt leben in der Hansestadt 58.000 Kinder und Jugendliche unter der Armutsgrenze, von denen 44.000 einen Migrationshintergrund haben. Mit einer Armutsquote von 22 Prozent bei allen unter 18-Jährigen steht Hamburg im Stadtstaaten-Vergleich allerdings deutlich besser da als Bremen oder Berlin. Diesen Unterschied bestätigen auch die SGB-II-Quoten der Kinder unter 3 bzw. 15 Jahren. Mit je einem Wert von etwa 21 Prozent sind in Hamburg deutlich weniger Kinder und Jugendliche hilfebedürftig als in Bremen oder Berlin (Bundesagentur für Arbeit 2012: Tabellen 2.1 und 2.2). Jedoch ist auch in der Hansestadt das Armutsrisiko unter Jugendlichen und Kindern viel höher als bei den

Stadtbewohnern insgesamt. Im Zeitverlauf ist die Armut in der gesamten Stadtbevölkerung dabei stärker gesunken als bei den Minderjährigen.

Im ländlichen **Niedersachsen** hat sich die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen seit 2005 kaum verändert. Die Armutsgefährdungsquote der gesamten Gruppe liegt heute wieder bei 20,8 Prozent. Während das Armutsrisiko der Kleinkinder recht deutlich zurückgegangen ist, stieg es unter den Kindern und Jugendlichen über sechs Jahren leicht an. Das Armutsrisiko von unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zu allen Minderjährigen mit 37,3 Prozent besonders hoch und unter den westdeutschen Flächenländern sogar am höchsten. Zieht man zusätzlich die SGB-II-Quoten der unter 3-Jährigen als ergänzenden Indikator für Kinderarmut heran, so konzentriert sich diese mit großem Abstand in den Städten Delmenhorst (34,4%) und Wilhelmshaven (34,9%). Die Autostadt Wolfsburg (15,7%) weist im niedersächsischen Städtevergleich die geringste Kinderarmut auf. In ländlich geprägten Regionen wie dem Emsland (8,5%) hingegen ist die SGB-II-Quote von Kleinkindern relativ gering (Bundesagentur für Arbeit 2012: Tabellen 2.1 und 2.2).

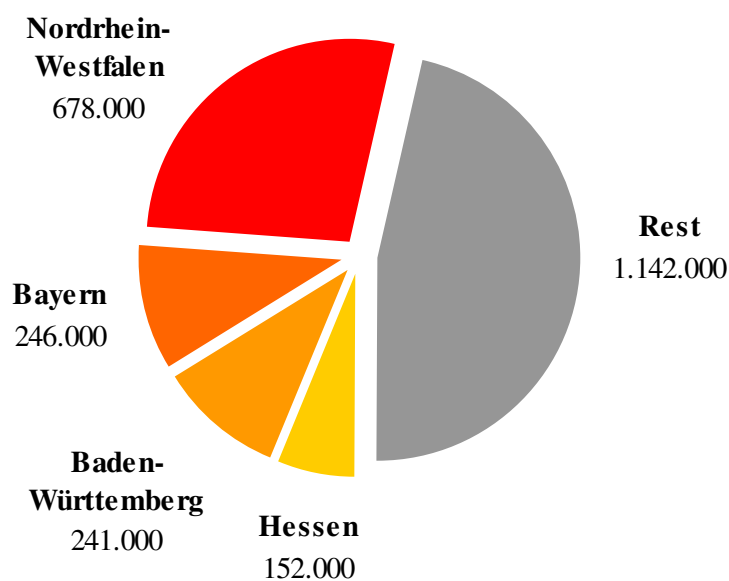
In **Schleswig-Holstein** liegt der Anteil armutsgefährdeter Kinder in allen Altersgruppen deutlich unter denen der anderen norddeutschen Länder. Mit einer Armutsquote von 16,1 Prozent in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen liegt das Bundesland sogar um 2,8 Prozentpunkte unterhalb des Bundesschnitts. Außerdem unterscheidet sich die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen lediglich um rund 2 Prozentpunkte von dem der Gesamtbevölkerung. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund tragen in Schleswig-Holstein allerdings mit 31,3 Prozent ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.

## **4.2 Westdeutschland**

**Nordrhein-Westfalen** ist das Bundesland mit den meisten Minderjährigen und dem stärksten Anstieg der Armut in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Dieser Anstieg vollzog sich in allen Teilgruppen. Da die Kinderarmut in den meisten anderen Bundesländern zurückgegangen bzw. stabil geblieben ist, konzentriert sie sich zunehmend auf dieses Bundesland. Lebten 2005 noch 24,1 Prozent aller armutsgefährdeter Minderjähriger in Nordrhein-Westfalen, so waren es zuletzt 27,6 Prozent. Absolut betrachtet leben in Nordrhein-Westfalen mehr Kinder und Jugendliche in Armut als in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen zusammen. Dies überrascht, da in den drei Bundesländern zusammen (4,97 Mio.) deutlich mehr Kinder und Jugendliche in diesem Alter wohnen als in Nordrhein-

Westfalen (3,01 Mio.). *Abbildung 2* veranschaulicht die absolute Verteilung armutsgefährdeter Minderjähriger auf die ausgewählten Bundesländer. Die aktuelle Armutsquote der unter 18-Jährigen beläuft sich auf 22,8 Prozent und liegt um etwa 6 Prozentpunkte über dem Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung. Nordrhein-Westfalen weist damit unter allen westdeutschen Flächenstaaten die höchste Armutsgefährdung unter Kindern und Jugendlichen auf. Auch die Armutsquote minderjähriger Personen mit Migrationshintergrund ist mit 36,4 Prozent überdurchschnittlich hoch.

**Abb. 2:** *Konzentration armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher in NRW, 2011*



*Anmerkung:* Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, absolute Werte.

*Quelle:* Mikrozensus; IT.NRW.

Auch in **Rheinland-Pfalz** hat das Armutsrisiko im Zeitverlauf in beinahe allen Altersgruppen zugenommen. In der Gruppe der Kleinkinder unter drei Jahren stieg die Armutsquote von einem extrem niedrigen Niveau (2005: 15,9%) um 4,6 Prozentpunkte auf aktuell 20,5 Prozent an. Dies ist der bundesweit stärkste Anstieg in dieser Altersgruppe. Die soziale Lage von Minderjährigen mit Migrationshintergrund liegt mit einer Armutsquote von 31,8 Prozent im bundesweiten Mittelfeld.

Im **Saarland** hat sich die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen kaum verändert. Mit einer Armutsquote von 19,8 Prozent liegt es im bundesweiten Mittelfeld. Bedenklich ist allerdings die starke Zunahme um 3,3 Prozentpunkte von 2010 auf 2011. Dies ist der mit

Abstand höchste Wert. Allerdings sollte er nicht überinterpretiert werden, da der Mikrozensus im relativ kleinen Saarland hier an seine Grenzen stoßen könnte. Aufgrund zu geringer Fallzahlen sind deshalb auch weitere Analysen nach verschiedenen Altersgruppen nicht möglich. Die Armutsgefährdungsquote von Minderjährigen mit Migrationserfahrung ist im Saarland mit 30,3 Prozent identisch mit dem Bundesmittel.

In **Hessen** nahm das Armutsrisiko der unter 18-Jährigen seit 2005 um 2,4 Prozentpunkte ab und stagniert derzeit bei 15,4 Prozent. Hessen verzeichnete damit den stärksten Rückgang der Armut unter Kindern und Jugendlichen in Westdeutschland. Dies gilt allerdings nicht für Kleinkinder unter drei Jahren. Hier war der Rückgang schwächer und ist zuletzt sogar wieder deutlich auf 18,2 Prozent gestiegen. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen ist um 2,7 Prozentpunkte höher als bei der hessischen Gesamtbevölkerung.

### **4.3 Süddeutschland**

Die beiden Flächenländer **Baden-Württemberg** und **Bayern** zeichnen sich durch die im Bundesvergleich niedrigsten Armutsquoten unter Minderjährigen aus. War Baden-Württemberg von 2005 bis 2008 noch das Land mit dem geringsten Anteil armer Kinder, so wurde es 2009 von Bayern abgelöst. Seitdem ist der Freistaat das Land mit der niedrigsten Armutsquoten in allen Altersgruppen. Im Freistaat ist die Armutsrisikoquote für unter 18-Jährige auf aktuell 11,8 Prozent gefallen, während sie in Baden-Württemberg seit 2008 (11,9%) zugenommen und derzeit auf einem Niveau von 13,2 Prozent stagniert. Positiv hervorzuheben ist, dass sich die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in den beiden süddeutschen Flächenstaaten kaum von derjenigen der Gesamtbevölkerung unterscheidet. In Bayern liegt das Armutsrisiko von Minderjährigen um lediglich 0,5 Prozentpunkte über dem des bayerischen Mittels. Auch in der Gruppe der Minderjährigen mit Migrationshintergrund weisen Baden-Württemberg und Bayern die bundesweit niedrigsten Quoten auf. Einen Einfluss auf den Anteil armutsgefährdeter Migrantenkinder hat dies aber nicht. Im Gegenteil: In Baden-Württemberg stammten 2011 rund 60 Prozent aller armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen von Einwanderern ab. Zusammenfassend lässt sich für Süddeutschland festhalten, dass das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen in Bayern im Trend gesunken, während es in Baden-Württemberg in den letzten Jahren gestiegen ist.



#### 4.4 Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern ist das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen durchgehend höher als im Bundesmittel. Andererseits ist die Kinderarmut außer in Berlin überall gesunken. Die Entwicklung ist jedoch sehr unterschiedlich verlaufen, weshalb die Armutsquoten in einigen Altersgruppen einzelner Bundesländern sogar zugenommen haben. Außerdem ist festzustellen, dass die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland in allen Altersgruppen schlechter ist als in den westlichen Bundesländern. Für die Teilgruppe der 15 bis unter 18 Jährigen mit Migrationshintergrund ist die Lage in den ostdeutschen Bundesländern besonders prekär: 50,5 Prozent von ihnen leben in einem Haushalt, dessen gewichtetes Nettoeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians beträgt. Aufgrund ihres geringen Anteils an der ostdeutschen Bevölkerung stellen die Einwandererkinder aber nur etwa 16 Prozent aller armutsgefährdeten Minderjährigen in dieser Region dar.

**Mecklenburg-Vorpommern** weist mit 30,1 Prozent nach Bremen die zweithöchste Armutsquote der unter 18-Jährigen in der Bundesrepublik auf. Erschreckend hoch ist insbesondere die Lage der Kleinkinder unter drei Jahren, von denen 35 Prozent unterhalb der Armutsschwelle leben. Im zeitlichen Verlauf von 2005 bis 2011 ist die Armut unter allen Minderjährigen immerhin um 4,1 Prozentpunkte gesunken und auch zuletzt nicht wieder gestiegen.

Auf einem etwas geringeren Niveau ist die Entwicklung in **Sachsen-Anhalt** recht ähnlich, wobei hier die Armutsquote zuletzt wieder anstieg. Im Jahr 2011 waren demnach 28,1 Prozent der Minderjährigen arm. In der Altersgruppe der 3 bis unter 6 Jährigen ging die Armutsgefährdung von einem extrem hohen Niveau (2005: 40,8%) bis 2011 um 11,2 Prozentpunkte zurück. Dies ist der bundesweit stärkste Rückgang in dieser Altersgruppe. Im Vergleich zu Gesamtbevölkerung ist die soziale Lage der Minderjährigen in Sachsen-Anhalt aber mit einer Differenz von 7,6 Prozentpunkten immer noch deutlich schlechter.

In **Sachsen** ist das Armutsrisiko Minderjähriger seit 2005 nur geringfügig auf derzeit 26,4 Prozent gesunken. Dies ist mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Altersgruppen verbunden. Wie in den meisten anderen östlichen Bundesländern auch war insbesondere die Armutsentwicklung bei den Jugendlichen über 15 und unter 18 Jahren eher schlecht. Dort kam es zu einem Anstieg um 3,3 Prozentpunkte auf aktuell 31,4 Prozent.

Wie weithin bekannt ist, sind die **Berliner** SGB-II-Quoten für Kinder unter 3 bzw. 15 Jahren die höchsten unter allen Bundesländern (Bundesagentur für Arbeit 2012: Tabellen 2.1 und 2.2). Die Armutsgefährdungsquote der Minderjährigen reicht jedoch nicht an den Wert von Bremen heran. Außerdem ist es das einzige Bundesland im Osten, das einen leichten Anstieg der Armutsquoten in der Altersgruppe unter 18 Jahren zu verzeichnen hatte. In den einzelnen Altersgruppen ist die Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich verlaufen. Während die Armutsrisikoquote der Kinder unter drei Jahren seit 2005 im Sinken begriffen ist, stieg die entsprechende Quote für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren an. Auffällig hoch sind mit fast 40 Prozent auch die Armutsquoten der Einwandererkinder unter 18 Jahren. Ganz besonders gilt dies in der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren, in der die Armutsrisikoquote auf 48,5 Prozent stieg. Differenziert man den Migrationshintergrund der Kinder und Jugendlichen weiter danach, ob ein oder beide Elternteile einen Migrationshintergrund aufweisen, so zeigt sich, dass ein beidseitiger Migrationshintergrund das Armutsrisiko des Kindes erheblich verschärft. Geografisch konzentrieren sich Armutsrisiken für Kinder in den Bezirken Mitte und Neukölln (Schmeißer 2011: 64-65).

Im benachbarten **Brandenburg** verlief die Entwicklung viel erfreulicher. Dort ist die Armutsquote der Minderjährigen seit 2005 um 6 Prozentpunkte gefallen. Sie beträgt nun 20,9 Prozent. Als Folge dieses Sinkfluges hat die Armutsrisikoquote in dieser Altersgruppe den niedrigsten Stand seit Beginn der Messung im Jahre 1996 erreicht (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012: Tabelle A1a I). Nur in der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren ist die Armutsgefährdung seit 2005 leicht angestiegen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist das Armutsrisiko unter Kindern und Jugendlichen zwar immer noch um 4 Prozentpunkte höher, aber im Verhältnis zu allen anderen ostdeutschen Bundesländern am niedrigsten. Die soziale Lage von Minderjährigen nähert sich in Brandenburg also kontinuierlich dem Niveau der Restbevölkerung an.

In **Thüringen** sank die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen insgesamt sogar um fast 8 Prozentpunkte und ging damit mehr als in allen anderen Bundesländern zurück. Der sinkende Trend bezieht sich auf alle Altersgruppen, wobei die Entwicklung in der Gruppe von 15 bis einschließlich 17 Jahren mit statistischen Unsicherheiten behaftet ist. Das Niveau der Armutsquote für Minderjährige befindet sich derzeit mit 21,3 Prozent im Mittelfeld der Bundesländer.

## Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. 2012. *Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2011*. Potsdam. [http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Einzelseiten/RegSozialber\\_BBB\\_2011.pdf](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Einzelseiten/RegSozialber_BBB_2011.pdf) (Stand: 13.12.12).
- Arbeitnehmerkammer Bremen. 2012. *Bericht zur sozialen Lage 2012*. Bremen. [http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Publikationen/Jahrespublikationen/Berichte\\_soziale\\_lage/Sozialbericht%202012\\_web.pdf](http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Publikationen/Jahrespublikationen/Berichte_soziale_lage/Sozialbericht%202012_web.pdf) (Stand: 10.12.12).
- Bäcker, Gerhard, Gerhard Naegele, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann, und Jennifer Neubauer. 2010. *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland* (Bd. 1). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. 2012. *Zweiter Integrationsindikatorenbericht*. Berlin. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf> (Stand: 10.12.12).
- Bundesagentur für Arbeit. 2012. *Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2011)*. Nürnberg.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2010. *Familienreport 2010*. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2010,property=pdf> (Stand: 12.12.12).
- Fuhr, Gabriela. 2012. Armutgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. *Wirtschaft und Statistik 2012 (Juli)*: 549-563.
- Gerhardt, Anke, Karin Habenicht, und Eva Munz. 2009. Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. *Statistische Analysen und Studien* (Bd. 58). Düsseldorf. [http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat\\_studien/2009/band\\_58/z089200954.pdf](http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2009/band_58/z089200954.pdf) (Stand: 29.11.12).
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. 2012. *Sozialbericht NRW 2012*. Düsseldorf.
- Ringen, Stein. 2006 [1987]. *The Possibility of Politics*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Schmeißer, Claudia. 2011. Kinderarmut in Berlin - Eine Analyse mit dem Mikrozensus. *Zeitschrift für Amtliche Statistik Berlin Brandenburg 2011* (4): 60-65.
- Stauder, Johannes, und Wolfgang Hüning. 2004. *Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus*. Düsseldorf. [http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat\\_studien/2004/band\\_13/stauder\\_huening\\_13\\_2004.pdf](http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2004/band_13/stauder_huening_13_2004.pdf) (Stand: 28.11.12).

## Anhang

### I. Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Jugendlichen [in %]

#### I.I ...der unter 18-Jährigen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9	13,2	13,2
Bayern	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5	11,6	11,8
Berlin	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9	24,7	27,1
Brandenburg	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5	20,9	20,9
Bremen	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6	31,3	32,6
Hamburg	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	22,0
Hessen	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0	15,3	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8	29,9	30,1
Niedersachsen	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8	20,5	20,8
Nordrhein-Westfalen	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0	20,9	22,8
Rheinland-Pfalz	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2	19,1	19,3
Saarland	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,8
Sachsen	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1	26,3	26,4
Sachsen-Anhalt	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7	26,0	28,1
Schleswig-Holstein	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2	16,0	16,1
Thüringen	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7	23,7	21,3
<b>Deutschland</b>	<b>19,5</b>	<b>18,6</b>	<b>18,4</b>	<b>18,4</b>	<b>18,7</b>	<b>18,2</b>	<b>18,9</b>

#### I.II ...der unter 3-Jährigen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	15,0	13,4	11,7	11,9	13,4	13,7	14,1
Bayern	15,2	13,9	13,8	13,9	13,2	12,1	13,0
Berlin	30,3	23,8	22,2	23,6	24,3	22,9	27,0
Brandenburg	30,8	27,4	22,6	20,6	24,8	25,2	23,3
Bremen	(44,2)	(42,3)	(30,6)	(44,3)	.	.	(30,7)
Hamburg	28,1	(23,1)	(20,8)	(21,3)	(18,8)	(21,3)	(22,0)
Hessen	19,5	19,3	17,0	16,3	17,4	16,4	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	34,0	33,7	37,5	36,4	35,0	30,9	35,0
Niedersachsen	23,4	23,7	24,8	24,4	22,2	23,5	21,3
Nordrhein-Westfalen	22,3	21,4	21,5	22,2	24,2	23,1	25,1
Rheinland-Pfalz	15,9	20,2	19,9	19,6	21,0	21,8	20,5
Saarland	.	(25,8)	.	.	.	.	.
Sachsen	26,9	27,3	28,1	24,6	28,8	30,3	27,4
Sachsen-Anhalt	35,2	32,7	35,7	38,6	33,9	27,6	28,5
Schleswig-Holstein	22,4	17,5	(15,1)	19,1	21,0	(17,2)	17,5
Thüringen	34,0	28,7	28,9	31,4	30,2	23,0	(21,4)
<b>Deutschland</b>	<b>21,7</b>	<b>20,4</b>	<b>19,8</b>	<b>20,0</b>	<b>20,8</b>	<b>19,9</b>	<b>20,5</b>

### I.III ...der 3 bis unter 6-Jährigen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	13,3	12,5	11,4	11,5	13,0	13,1	14,2
Bayern	14,6	12,6	13,0	11,9	12,5	13,2	11,8
Berlin	26,3	20,3	23,5	24,4	25,2	22,7	27,1
Brandenburg	29,6	29,5	22,7	22,1	20,7	21,5	21,1
Bremen	(37,0)	(36,7)	.	(37,1)	.	(40,9)	.
Hamburg	(23,0)	(20,0)	(20,1)	(23,3)	(21,4)	(23,8)	(19,4)
Hessen	18,2	16,4	16,4	17,1	17,6	15,3	15,5
Mecklenburg-Vorpommern	35,1	35,3	32,3	33,4	30,8	31,8	29,6
Niedersachsen	20,7	20,4	23,0	21,8	20,7	22,8	20,7
Nordrhein-Westfalen	20,9	20,6	20,6	20,7	21,2	22,2	25,7
Rheinland-Pfalz	17,3	17,9	16,7	20,0	19,8	18,3	20,3
Saarland	.	(22,8)	.	.	.	.	.
Sachsen	25,2	24,6	27,6	25,3	27,2	25,4	25,3
Sachsen-Anhalt	40,8	33,1	28,7	28,8	33,3	28,1	29,6
Schleswig-Holstein	18,1	15,1	15,1	(15,3)	16,8	17,1	17,6
Thüringen	29,0	29,6	25,3	24,4	26,4	25,8	(21,1)
<b>Deutschland</b>	<b>20,0</b>	<b>18,8</b>	<b>18,7</b>	<b>18,6</b>	<b>19,2</b>	<b>19,3</b>	<b>19,9</b>

### I.IV ...der 6 bis unter 15-Jährigen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	11,9	10,9	12,0	11,7	12,3	12,8	12,6
Bayern	13,5	12,2	12,6	11,8	12,0	10,9	11,3
Berlin	24,8	23,0	23,2	25,1	25,0	23,4	24,9
Brandenburg	26,0	26,2	22,9	19,7	19,7	18,3	18,7
Bremen	35,1	30,4	24,7	29,2	26,5	29,2	32,0
Hamburg	21,7	20,3	21,1	20,9	23,0	19,2	22,8
Hessen	16,6	14,5	15,0	15,9	15,5	14,3	13,9
Mecklenburg-Vorpommern	35,1	33,4	32,4	33,3	30,4	27,1	27,9
Niedersachsen	19,9	21,2	19,9	20,2	20,0	19,1	20,4
Nordrhein-Westfalen	19,6	18,4	19,3	19,7	19,9	19,4	21,1
Rheinland-Pfalz	18,6	15,5	17,2	18,4	17,5	18,5	18,5
Saarland	19,6	18,5	20,0	17,9	17,8	(12,8)	17,8
Sachsen	27,6	26,4	26,7	24,8	23,5	24,6	25,0
Sachsen-Anhalt	34,1	32,3	31,3	31,8	27,9	23,6	26,5
Schleswig-Holstein	16,3	15,5	14,7	16,7	16,9	15,3	15,5
Thüringen	29,1	27,6	27,9	24,0	24,0	22,2	20,1
<b>Deutschland</b>	<b>18,6</b>	<b>17,4</b>	<b>17,7</b>	<b>17,8</b>	<b>17,7</b>	<b>17,0</b>	<b>17,8</b>

## I.V ...der 15 bis unter 18-Jährigen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	13,8	13,9	12,5	12,5	13,9	14,0	13,1
Bayern	13,5	13,8	12,5	12,3	13,4	11,9	12,3
Berlin	28,1	24,3	25,0	27,3	30,6	33,1	33,5
Brandenburg	24,9	26,1	25,3	23,3	24,3	24,5	26,0
Bremen	.	.	.	(30,1)	.	(30,8)	(33,9)
Hamburg	(22,9)	22,8	(21,1)	24,6	(21,3)	(15,9)	(22,4)
Hessen	19,6	19,6	16,9	17,1	15,2	17,3	16,9
Mecklenburg-Vorpommern	32,6	29,4	36,6	36,3	39,2	35,2	(32,1)
Niedersachsen	20,8	22,1	21,0	23,0	22,1	20,4	21,5
Nordrhein-Westfalen	20,7	21,4	20,3	19,9	21,6	22,3	23,5
Rheinland-Pfalz	16,7	16,0	15,5	15,8	17,0	19,5	19,7
Saarland	(19,7)	(24,2)	(24,6)	(24,0)	(22,7)	(23,3)	(24,5)
Sachsen	28,1	26,7	28,0	26,3	29,7	28,3	31,4
Sachsen-Anhalt	28,9	32,3	31,3	36,8	39,4	29,6	31,8
Schleswig-Holstein	18,2	17,6	18,4	17,0	16,0	16,2	15,8
Thüringen	27,0	27,5	30,0	28,5	31,3	(27,2)	(25,4)
<b>Deutschland</b>	<b>20,1</b>	<b>20,0</b>	<b>19,0</b>	<b>18,8</b>	<b>19,5</b>	<b>19,2</b>	<b>19,8</b>

## II. Armutsrisiko nach Migrationsstatus, 2011

### II.I Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund [in %]

Altersgruppe	unter 18	unter 3	3 - 6	6 - 15	15 - 18
Baden-Württemberg	21,2	20,5	21,8	20,8	22,4
Bayern	19,7	19,1	18,3	19,6	22,1
Berlin	39,5	38,1	37,6	37,5	48,5
Bremen	44,1	.	.	(47,0)	.
Hamburg	36,4	(41,1)	(31,8)	37,1	.
Hessen	24,9	26,6	24,3	23,2	29,6
Niedersachsen	37,3	35,6	34,4	37,2	42,0
Nordrhein-Westfalen	36,4	36,3	37,7	34,6	40,4
Rheinland-Pfalz	31,8	33,8	(27,4)	31,3	36,5
Saarland	30,3	.	.	(32,6)	.
Schleswig-Holstein	31,3	.	.	32,1	.
<b>Ostdeutschland (o. Berlin)</b>	<b>45,2</b>	<b>42,3</b>	<b>48,5</b>	<b>43,1</b>	<b>50,5</b>
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>29,9</b>	<b>30,0</b>	<b>29,4</b>	<b>33,8</b>

## II.II Anteil armutsgefährdeter Einwandererkinder an allen armutsgefährdeten Kindern [in %]

Altersgruppe	unter 18	unter 3	3 - 6	6 - 15	15 - 18
Baden-Württemberg	60,6	64,9	65,0	60,7	55,3
Bayern	49,6	48,8	54,1	50,4	44,9
Berlin	64,2	56,0	65,2	65,5	66,7
Bremen	65,6	.	.	(66,7)	.
Hamburg	75,9	(81,8)	(88,9)	72,4	.
Hessen	64,5	69,2	70,8	64,8	58,1
Niedersachsen	49,5	53,8	52,5	49,7	44,6
Nordrhein-Westfalen	60,3	62,1	63,5	60,2	57,4
Rheinland-Pfalz	51,6	55,0	(45,0)	52,5	50,0
Saarland	44,8	.	.	(50,0)	.
Schleswig-Holstein	39,5	.	.	41,0	.
<b>Ostdeutschland (o. Berlin)</b>	<b>16,3</b>	<b>14,1</b>	<b>20,8</b>	<b>15,5</b>	<b>16,2</b>
<b>Deutschland</b>	<b>50,2</b>	<b>50,3</b>	<b>53,0</b>	<b>50,4</b>	<b>47,6</b>

Armutsgefährdungsquoten: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der entsprechenden Bevölkerung in Privathaushalten; bedarfsgewichtet auf Basis der neuen OECD-Skala.

Anmerkung: Der Aussagewert von Werten in Klammern kann fehlerhaft sein und ist daher nur eingeschränkt interpretierbar. Die hier zugrunde liegende Fallzahl ist relativ klein. Punkte verweisen auf fehlende Werte, wo die Fallzahl noch geringer ist und daher keine sinnvollen Zahlenwerte angegeben werden können.

Datenquelle: Mikrozensus; IT.NRW; eigene Berechnungen.